

BBW Magazin

6

Juni 2016 ■ 68. Jahrgang



Monatszeitschrift
BBW –
Beamtenbund
Tarifunion

Grün-Schwarz hat die Regierungsarbeit aufgenommen

Die kalte Dusche gab es schon davor

Seite 5 <

BBW kritisiert
Entlassung der
Regierungspräsi-
den Schmalzl und
Schmidt



BBW Beamtenbund Tarifunion

Als eigenständige Spitzenorganisation der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in der Bundesrepublik Deutschland betreibt der dbb beamtenbund und tarifunion und mit ihm in Baden-Württemberg der BBW eine gezielte Berufspolitik für den öffentlichen Dienst.

Die an den Problemen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ausgerichtete Interessenvertretung ist nicht nur für diese selbst unverzichtbar: Sie nützt zugleich den Bürgerinnen und Bürgern und trägt zur Lösung staatlicher und gesellschaftspolitischer Probleme aus der unverfälschten Erfahrung und Interessenlage der im öffentlichen Dienst arbeitenden Menschen bei.

Die alle Sparten und Funktionen des öffentlichen Dienstes berücksichtigende Mitgliederstruktur des Beamtenbundes und sein demokratischer Aufbau garantieren, dass auch in Zeiten wachsender Gleichgültigkeit gegenüber Aufgaben, Struktur und Funktion des öffentlichen Dienstes bei politischen und gesellschaftlichen Instanzen sachverständige und engagierte Interessenvertretung geleistet wird.

Solidarisch ■ kompetent ■ erfolgreich!

Am Hohengeren 12 • 70188 Stuttgart
Telefon 07 11/1 68 76-0 • Telefax 07 11/1 68 76-76
Internet: www.bbw.dbb.de • E-Mail: bbw@bbw.dbb.de

> Editorial

*Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,*

die grün-schwarze Landesregierung nimmt ihre Arbeit auf. Der Ministerpräsident und das Kabinett sind vereidigt, die Verabschiedungen sind gelaufen und das künftige Führungspersonal, sowohl in den Ministerien wie im Landtag, werden bestellt. Auch in den Regierungspräsidien finden Rochaden statt. So bislang in Stuttgart und Tübingen. Der jüngst ernannte Tübinger Regierungspräsident Schmidt, seines Zeichens SPD, wird zugunsten eines CDU-Politikers in den einstweiligen Ruhestand geschickt. Daneben – noch fraglicher – ist der Stuttgarter Regierungspräsident Schmalzl abgelöst worden vom bisherigen Ministerialdirektor des Landwirtschaftsministeriums. Reimer „passt“ dort nicht mehr zur politischen Farbe, in beschränktem Umfang ist diese Entscheidung nachvollziehbar. Aber, weshalb muss Schmalzl gehen? Hat er nicht seit 2008 als treuer, aufrechter und loyaler Beamter, selbst in der letzten grün-roten Legislatur ohne die Spur eines Makels gedient!? Hat er nicht sowohl die schwarz-gelben wie auch alle grün-roten Vorgaben als vorbildlicher Beamter umgesetzt?! Die Beamtenschaft wie auch die Öffentlichkeit wundern sich, gelinde ausgedrückt. Tragen nicht solche fragwürdigen Entscheidungen zu einer weiteren Erosion der politischen Glaubwürdigkeit bei. Nicht alles, was das Landesbeamtengesetz „erlaubt“, muss auch richtig sein. Zumal es Auffassungen von Rechtswissenschaftlern

gibt, basierend auf Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, dass Regierungspräsidenten eben nicht unter die strenge Kategorie der politischen Beamten fallen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beider Regierungspräsidien haben sich für den Verbleib der Präsidenten ausgesprochen, vergeblich. Zeitungskommentare im Vorfeld mit gleicher Fragestellung, vergeblich.

Großes Verständnis habe ich für die Entscheidung eines Betroffenen, den Vorgang gerichtlich überprüfen zu lassen.

Der BBW-Landeshauptvorstand hat die Linie der BBW-Landesleitung im Umgang mit der neuen grün-schwarzen Landesregierung bestätigt. Der BBW wird in der Frage der drohenden Beamtensparmaßnahmen weiterhin hart argumentieren und öffentlichkeitswirksam präsent sein. Ich bin überzeugt, das frühzeitige Bekanntwerden der geplanten Sparmaßnahmen hat zumindest verhindert, dass diese präzisiert in die Koalitionsvereinbarung aufgenommen wurden. Ein Sturm der Entrüstung wurde zu Recht losgetreten. Einige CDU-Mandatsträger haben ihr Amt in der Partei niedergelegt. Respekt vor dieser Entscheidung!

Der BBW wird Gespräche einfordern und – vorläufig – auf Großaktionen verzichten. Wir werden im Kontakt mit Frau Professor Dr. Färber, Verwaltungshochschule Speyer, eruiieren, welchen Weg wir einschlagen müssen, um künftige Entscheidungen der grün-schwarzen Landesregierung in Besoldungs-, Beihilfe- und Versorgungsfragen rasch vor dem Hintergrund der beiden Bundesverfassungsgerichtsurteile des vergangenen Jahres überprüfen zu können.

Unzählige Mails und Schreiben erreichen uns derzeit, in denen Kolleginnen und Kollegen den BBW auffordern, den Klageweg zu beschreiten.



Unsere Entscheidungen in den letzten Jahren waren juristisch gut begründet. Die aktuellen Urteile des Bundesverfassungsgerichts eröffnen nun klare Korridore. Insofern hat sich die verfassungsrechtliche Gesamtbewertung auch verschoben. So ist es nachvollziehbar, dass der hessische Beamtenbund inzwischen Klage einreicht, schließlich hat die schwarz-grüne hessische Landesregierung nach einer Nullrunde 2015 mit der 1 %-Deckelung in 2016 ihre politischen Ankündigungen wahrgemacht.

Ich gehe mit Spannung in die anstehenden Gespräche mit der grün-schwarzen Landesregierung. Der BBW ist zum Gespräch, zum Dialog bereit. Darüber hinaus wird es Kontakte in die Fraktionen, zu den kommunalen Spitzenverbänden, zu den zuständigen Ministerinnen und Ministern geben müssen, wie auch zur Opposition. Der BBW-Landeshauptvorstand steht geschlossen hinter der BBW-Landesleitung. Und ich spüre den großen Rückhalt, den der BBW in der Beamenschaft wie auch bei den Tarifbeschäftigten hat. Dafür danke ich ...

Mit kollegialen Grüßen

Volker Stich

Ihr Volker Stich

In dieser Ausgabe

Skepsis gegenüber der neuen Landesregierung ist groß: BBW bereitet sich auf schwere Zeiten vor	4
BBW kritisiert Entlassung der Regierungspräsidenten Schmalzl und Schmidt: Vorgehen ist fragwürdig und zudem verfassungsrechtlich bedenklich	5
Protest vor den Landesparteitagen der Grünen und der CDU: Enttäuschte Beamtinnen und Beamte machen ihrem Unmut und Ärger Luft	6
Richterverein appelliert an Ministerpräsidenten und seinen Stellvertreter: Von Sparplänen Abstand nehmen	8
Die Minister im grün-schwarzen Kabinett	9
Finanzexperten rechnen bis 2020 mit Plus von 20 Prozent: Steuern sprudeln kräftig weiter	10
Trotz sprudelnder Steuern kein Geld in der Kasse?: Klarheit und Wahrheit – keine Spur	11
Philologenverband Baden-Württemberg (PhV BW) zum Koalitionsvertrag: Weitreichende Zugeständnisse an grünen Koalitionspartner angeprangert	12
Anmerkungen zum Koalitionsvertrag: BLV sieht Licht, aber auch viel Schatten	13
Etat für außerunterrichtliche Veranstaltungen deutlich erhöhen: Klassenfahrten sind keine Vergnügungsreisen	13
VBE fordert Aufwertung der Grundschule: Gutes Fundament von großer Bedeutung	14
Seminarangebote im Jahr 2016	14

> Impressum

Herausgeber: Beamtenbund Baden-Württemberg, Am Hohengeren 12, 70188 Stuttgart.
Vorsitzender: Volker Stich, Heidelberg. **Stellvertretende Vorsitzende:** Gerhard Brand, Murrhardt; Dorothea Faisst-Steigleder, Heidenheim; Waldemar Futter, Mössingen; Michaela Gebele, Karlsruhe; Joachim Lautensack, Bruchsal; Kai Rosenberger, Rottweil.
Schriftleitung: „BBW Magazin“: Volker Stich, Am Hohengeren 12, 70188 Stuttgart. **Redaktion:** Heike Eichmeier, Stuttgart.
Landesgeschäftsstelle: Am Hohengeren 12, 70188 Stuttgart. **Telefon:** 0711.16876-0. **Telefax:** 0711.16876-76. **E-Mail:** bbw@bbw.dbb.de.
Postanschrift: Postfach 10 06 13, 70005 Stuttgart.
Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal im Jahr. Für Mitglieder des Beamtensundes Baden-Württemberg ist der Verkaufspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des dbb beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren. Der Bezugspreis für das Einzelheft 2,- Euro zuzüglich Postgebühren. Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.
Verlag: dbb verlag gmbh. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de.
Verlagsort und Bestellanschrift: Friedrichstr. 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.
Versandort: Geldern.
Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.
Layout: Dominik Allartz, FDS, Geldern.
Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de.
Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712, **Anzeigentarif Nr. 33**, gültig ab 1.10.2015. **Druckauflage:** 50 000 (IVW 1/2016).

ISSN 1437-9856





> Der Ärger der Delegierten über die drohenden grün-schwarzen Sparmaßnahmen ist riesengroß.

Skepsis gegenüber der neuen Landesregierung ist groß

BBW bereitet sich auf schwere Zeiten vor

Der BBW – Beamtenbund Tarifunion bereitet sich auf schwierige Zeiten vor: Mehrgleisig werde man fahren, um drohende grün-schwarze Sparvorhaben zumindest abzumildern, sagt BBW-Chef Volker Stich. Wie sich die Organisation in den kommenden Monaten im Einzelnen positionieren wird, das hat der Landeshauptvorstand des BBW am 11. Mai 2016 beschlossen, einen Tag vor der Vereidigung von Ministerpräsident Kretschmann und dem grün-schwarzen Kabinett.

die Stimmung beim Landeshauptvorstand in Wernau. Dementsprechend äußerte sich auch BBW-Chef Stich gegenüber Medienvertretern, bevor er die Marschrichtung erläuterte, die der Landeshauptvorstand der Organisation am 11. Mai abgesegnet hatte. Nachzulesen war dies in der Stuttgarter Zeitung und den Stuttgarter Nachrichten vom 13. Mai 2016. Tags zuvor hatte Stich bereits in der SWR-Fernsehsendung „Zur Sache Baden-Württemberg“ Position bezogen.

In dieser Sendung hatte zunächst Ministerpräsident Kretschmann das Wort, den Moderator Clemens Bratzler provozierend nach den „Folterwerkzeugen“ für die Beamten fragte. Kretschmann antwortete gelassen: „Wir foltern niemand.“ Spareingriffe schloss er allerdings nicht aus. Das Personal und die Kommunen machten schließlich über 60 Prozent des Haushalts aus. Deshalb könne man diese beiden Gruppen auch bei Maßnahmen zur Sanierung des Haushalts nicht außen vor lassen.

Zugleich wies der Regierungschef darauf hin, dass man den Beamten mit der schrittweisen Rücknahme der Eingangsbesoldung entgegenkomme und unterstellte im gleichen Atemzug dem Beamtenbund und den Kommunalen Spitzenverbänden „Jammern auf hohem Niveau“.

nister Thomas Strobl gesprochen hatte, als die grün-schwarzen Sparüberlegungen Ende April publik wurden.

Mit dieser Äußerung reagierte Strobl auf Medienberichte, in denen die grün-schwarzen Sparüberlegungen detailliert aufgelistet waren: Deckelung der Besoldungsanpassungen auf ein Prozent plus, unabhängig von der Höhe des Tarifabschlusses, Abschmelzen der Pensionen von derzeit 71,75 Prozent auf 70 Prozent und eine Wiederbesetzungssperre im vierstelligen Bereich.

Weder Thomas Strobl noch Ministerpräsident Winfried Kretschmann äußerten sich zu den Sparplänen, räumten jedoch ein, dass die Deckungslücke im Haushalt Sparmaßnahmen unumgänglich machten. Konkretes über die schwarz-grünen Sparüberlegungen, die Ende April über dunkle Kanäle aus den Koalitionsverhandlungen heraus bekannt geworden waren, sucht man im Koalitionsvertrag vergebens. Dort findet sich lediglich der Hinweis, dass sich die Koalition verpflichte, struktu-

relle Einsparungen in Höhe von rund 1,8 Milliarden Euro in der Endstufe bis 2020 zu realisieren. Diese würden im Zuge der Haushaltsaufstellungen sowie der damit einhergehenden mittelfristigen Finanzplanungen quantifiziert und mit verbindlich einzuhaltenden Maßnahmen unterlegt.

Schwarz auf weiß nachzulesen sind dagegen die Wohltaten, nämlich 1 500 neue Polizeistellen – die bis 2021 geschaffen werden sollen – und 100 Millionen Euro zusätzlich für Polizeitechnik. Ferner soll die Absenkung der Eingangsbesoldung im Rahmen der Haushaltsvorgaben bis zum Jahr 2022 schrittweise rückgängig gemacht werden.

Waren die Medienberichte von Ende April ein Sturm im Wasserglas? Wohl kaum. Denn kaum lag der Koalitionsvertrag auf dem Tisch, war nicht nur hinter vorgehaltener Hand von Geheimabsprachen die Rede. Auch beim BBW zweifelt niemand daran, dass es ein Papier über geplante Sparmaßnahmen im Beamtenbereich gibt. Entsprechend aufgeladen war



> BBW-Chef Stich bereitet den Landeshauptvorstand in Wernau auf schwierige Zeiten vor.

Die Skepsis gegenüber der neuen Landesregierung ist groß, ebenso die Bereitschaft, massiv auf grün-schwarze Spareingriffe bei der Beamenschaft zu reagieren. Das war in Wernau bei der Frühjahrssitzung des BBW-Landeshauptvorstands nicht zu überhören. Immer wieder wurde der Ruf nach einer Klage laut, sollte die neue Landesregierung tatsächlich die „Folterwerkzeuge“ auspacken, auf die sich Grün-Schwarz im Rahmen der Koalitionsverhandlungen offensichtlich verständigt hat. Jene Folterwerkzeuge nämlich, von denen der neue CDU-Innenmi-

Solche Töne kommen beim BBW gar nicht gut an. „Die Beamten sind nicht das Sparschwein der Nation“, konterte BBW-Chef Stich und kündigte Widerstand gegen eine Deckelung der Besoldung, ein Abschmelzen der Pensionen und Wiederbesetzungssperren an – mit unterschiedlichen „Werkzeugen“, wenn nötig auch mit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht. Zunächst aber will man stillhalten, die Entwicklung beobachten und

netzwerken. Verbündete sucht der BBW nicht nur beim ehemaligen SPD-Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid und dem neuen SPD-Fraktionsvorsitzenden Andreas Stoch, sondern auch bei den Kommunalen Spitzenverbänden, die ebenfalls für die Sanierung des Landeshaushalts bluten sollen.

Obwohl sich nicht nur der grüne Koalitionspartner, sondern auch die CDU zur Notwendigkeit zum Sparen bekannt hat,

setzt BBW-Chef Stich auch auf einen „konstruktiven Kontakt“ zu beiden, um die befürchteten grün-schwarzen Sparbeschlüsse abzumildern. Zudem aber hat der BBW Kontakt zu Gisela Färber aufgenommen, der Inhaberin des Lehrstuhls für Wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer. Sie soll bis zum Jahresende ein „Instrumentarium“ erarbeiten, eine Art Vorwarnsystem für Abwehrmaßnahmen,

sollten bei Sparbeschlüssen die Verfassungsgrenzen tangiert werden.

Das alles hat der BBW-Vorsitzende gegenüber Medienvertretern detailliert erläutert. Dass der BBW zum Klagen bereit ist, auch daran ließ Stich keine Zweifel aufkommen: Der Landeshauptvorstand habe entschieden, „dass wir auch mit hohem Risiko eine Verfassungsklage einreichen, wenn es erforderlich wird“.

BBW kritisiert Entlassung der Regierungspräsidenten Schmalzl und Schmidt

Vorgehen ist fragwürdig und zudem verfassungsrechtlich bedenklich

Der BBW – Beamtenbund Tarifunion hat mit Befremden zur Kenntnis genommen, dass nach Grün-Rot jetzt auch Grün-Schwarz mit den beiden Regierungspräsidenten von Stuttgart und Tübingen, Johannes Schmalzl (FDP) und Jörg Schmidt (SPD), verdiente Beamte ohne Not in den Ruhestand schickt. BBW-Chef Volker Stich spricht von nicht nachvollziehbarem Vorgehen. Zudem hält er die Entscheidung für verfassungsrechtlich bedenklich.

Stich bezweifelt, dass die Amtschefs der Regierungspräsidien, nämlich die Leiter von nachgeordneten Behörden, überhaupt politische Beamte sein können. Er beruft sich dabei auf Prof. Dr. Josef Franz Lindner von der Universität Augsburg, Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Medizinrecht und Rechtsphilosophie, der basierend auf Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts allenfalls die Amtschefs von Ministerien, also Ministerialdirektoren als politische Beamte akzeptiert.

Nach dem Beamtenstatusgesetz können Beamte in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden, wenn ihr Amt eine „fortdauernde Übereinstimmung mit den grundsätzlichen politischen Ansichten und Zielen der Regierung“ erfordert. Diesen Passus im Gesetz

zum Anlass zu nehmen, um Jörg Schmidt und Johannes Schmalzl abzusetzen, ist für den BBW nicht nachvollziehbar.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann und seinem Vize, Innenminister Thomas Strobl, hält der BBW-Vorsitzende vor, sie verschanzten sich kommentarlos zur Sache hinter der lapidaren Aussage, die Entlassung der beiden Spitzenbeamten sei „letztlich eine politische Entscheidung“. Die Einlassung Kretschmanns, der Schritt habe nichts mit der persönlichen Leistung der betroffenen Personen zu tun, mache die Angelegenheit nicht besser. Sowohl Schmidt, der zwar erst im Oktober als Nachfolger des verstorbenen Hermann Strampfer (CDU) ins Amt gekommen war, als auch Schmalzl, der dienstälteste Regierungspräsident im Land, seien während ihrer Amtszeit stets

loyale Spitzenbeamte und verlässliche Partner der Regierung gewesen. Warum das ausgerechnet bei Schmalzl, der fünf Jahre der grün-roten Landesregierung gedient habe, jetzt nicht mehr gelten soll, sei unbegreiflich und spreche für sich.

Vor diesem Hintergrund begrüßt es der BBW, dass sich der bisherige Amtschef im Tübinger Regierungspräsidium gegen seine Versetzung in den vorläufigen Ruhestand gerichtlich zur Wehr setzen will. Nach Einschätzung des BBW-Vorsitzenden hat Schmidt durchaus Chancen. Stich setzt dabei nicht zuletzt auf den Augsburger Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Josef Franz Lindner, der politische Beamte vor dem Hintergrund der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums generell für einen „Systemfehler“ hält.

Lindner vertritt die Auffassung, der politische Beamte sei heute zwar „eine akzeptierte, gleichwohl paradoxe Figur des Berufsbeamtentums“. Obwohl das Institut des politischen Beamten im System des Beamtenrechts „schwere Brüche“ verursacht, sehe es die geltende Rechtslage in Bund und Ländern in beträchtlichem Ausmaß vor. Eine verfassungsrechtliche Betrachtung zeige, dass der politische Beamte zwar im Grundsatz zulässig ist. Wenig betrachtet worden sei bislang allerdings, dass das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) die Anforderungen jüngst deutlich verschärft habe. Vor diesem Hintergrund sei das Institut des politischen Beamten grundsätzlich zu überdenken, jedenfalls auf wenige Ausnahmefälle zu beschränken.

Nachfolger von Johannes Schmalzl in der Stuttgarter Behörde wird Wolfgang Reimer (Grüne). Er war bisher Amtschef im Ministerium für Ländlichen Raum. Das Tübinger Regierungspräsidium soll Klaus Tappeser (CDU) übernehmen.



Protest vor den Landesparteitagen der Grünen

Enttäuschte Beamtin machen ihrem Unmut

Verärgerte und enttäuschte Beamtinnen und Beamte haben am 6. und 7. Mai 2016 vor den Landesparteitagen der Grünen und der CDU lautstark ihren Unmut über die Sparpläne der grün-schwarzen Landesregierung kundgetan. Einberufen waren die Parteitage, um den Koalitionsvertrag der Regierungspartner abzusegnen, was die Delegierten beider Parteien auch mit großer Mehrheit getan haben.



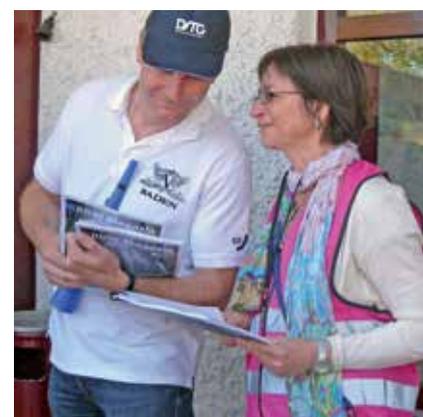
Zu den Aktionen vor den Toren beider Tagungsorte hatte der BBW aufgerufen, nachdem Ministerpräsident Kretschmann und CDU-Landeschef Thomas Strobl Sparmaßnahmen bei der Beamtenschaft als unumgänglich verteidigt hatten, als sie am 2. Mai 2016 der Öffentlichkeit den Koalitionsvertrag präsentierten.

nen Vorgesmack darauf, was die neue Landesregierung erwartet, wenn sie tatsächlich ihre „Folterwerkzeuge“ auspackt und der Beamtenschaft nach grün-roten jetzt grün-schwarze Sparmaßnahmen zumutet.

Mit Pfiffen und Tröten haben am 6. Mai 2016 in Ludwigsburg knapp 100 Demonstranten die Delegierten der CDU vor dem Kongresszentrum empfangen. Jung und Alt waren gekommen, Vertreter vieler Mitglieds-gewerkschaften des BBW. Mit Transparenten und Spruchbän-



Trotz kurzfristigem Aufruf bereitete eine stattliche Anzahl von protestierenden Beamtinnen und Beamten vor den Kongresszentren beider Städte den eintreffenden Delegierten ei-





und der CDU

nen und Beamte und Ärger Luft

den unterbreiteten sie den Politikern zudem klare Botschaften: „Genug gespart“ oder „Faire Bezahlung – auch für Beamte, jetzt“ und „Wir sind Mehrwert“ war darauf zu lesen. Ins Kongresszentrum rein kam kein Delegierter ohne Flugblatt, das Spitzenvertreter des BBW an den Eingängen verteilten.

Auf diesem Flugblatt war schwarz auf weiß aufgelistet, was der BBW von den Sparüberlegungen der grün-schwarzen Koalition hält, und von den fehlenden Milliarden, die plötzlich, sozusagen über Nacht, im Haushalt 2017 aufgetaucht sind.

Ein ähnliches Bild bot sich tags drauf vor dem Kongresszentrum der Stadt Leinfelden-Echterdingen, wo die Grünen tagten. Zwar hatten sich dort nicht ganz so viele Beamtinnen und Beamte zum Protest versammelt. Doch auch sie machten ihrem Unmut lautstark

Luft. Zudem sagten sie jedem Delegierten, der sich unter die Schar der Demonstranten wagte, dass die grün-schwarzen Sparpläne nicht nur den Betroffenen schadeten, sondern auch dem gesamten öffentlichen Dienst, der schon bald kaum noch qualifizierten Nachwuchs gewinnen kann, weil der Staat zunehmend seinen Beamtinnen und Beamten eine angemessene Besoldung verwehrt.

Während die Delegierten der CDU meist Verständnis für den Ärger und die Enttäuschung der Beamtenschaft zeigten, war dies bei den Grünen weniger der Fall. „Wir haben vor der Wahl nichts versprochen“, entgegneten sie auf die Vorhaltungen der Demonstranten. Andere Töne waren tags zuvor zu hören, selbst drinnen im Saal: „Das Pfeifkonzert traf uns zu Recht“, sagte einer der 37 Redner beim CDU-Landesparteitag in Ludwigsburg.



Richterverein appelliert an Ministerpräsidenten und seinen Stellvertreter:

Von Sparplänen Abstand nehmen

Die Sparüberlegungen der grün-schwarzen Landesregierung haben nicht nur den BBW und seine Mitgliedsgewerkschaften auf den Plan gerufen. Der Vorsitzende des Vereins der Richter und Staatsanwälte in Baden-Württemberg, Matthias Grewe, appelliert in einem offenen Brief an Ministerpräsident Winfried Kretschmann und dessen Stellvertreter, Innenminister Thomas Strobl, von den in Erwägung gezogenen Sparmaßnahmen Abstand zu nehmen. Grewe warnt Grün-Schwarz eindringlich: „Wer nicht mehr amtsangemessen bezahlt, kann auch keine Spitzenleistung mehr erwarten.“

In dem offenen Brief heißt es:

„In ernster Sorge wenden wir uns mit diesem Brief an Sie. Mit Überraschung und Bestürzung entnehmen wir der Presse Ihre Absicht, personelle Kürzungen im Staatsdienst und finanzielle Schlechterstellungen für Staatsdiener und Staatsdienerinnen festzuschreiben. Diese Ankündigung ist in so allgemeiner Form gehalten, dass wir befürchten müssen, sie treffe auch die Justiz, deren Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte.

Sollte ein solches Vorgehen tatsächlich von Ihnen erwogen werden, treten wir dem auch im Interesse eines funktionierenden Rechtsstaats entschieden entgegen. Die Justiz des Landes Baden-Württemberg ist schon heute in vielen Bereichen strukturell überlastet. Es fehlen für die zumeist bundesgesetzlich definierten Aufgaben der Justiz Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Richterinnen und Richter. Zudem ist es angesichts der Konkurrenzsituation auf dem Arbeits-

markt der qualifizierten Juristen immer schwieriger, geeigneten Nachwuchs für die Justiz zu gewinnen. Ankündigungen, Justizjuristinnen und Justizjuristen in Zukunft nicht mehr an allgemeinen Einkommenssteigerungen teilhaben zu lassen, sind in dieser Situation kontraproduktiv.

Eine pauschale Deckelung der Besoldungsfortschreibung missachtet überdies die vom Bundesverfassungsgericht (BVerfG) zwischenzeitlich mehrfach aufgestellten Anforderungen an eine verfassungsgemäße Besoldungsfortschreibung. Um es deutlich zu formulieren: Eine Deckelung der Besoldungserhöhung auf ein Prozent jährlich wäre verfassungswidrig und ein glatter Rechtsbruch. Die Richterinnen und Richter wie auch die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte haben einen verfassungsrechtlich garantierten Anspruch auf Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung, der schlichten politischen Finanzierungsprioritäten nicht unterliegt (BVerfG, Urteil vom 5. Mai 2015, 2 BvL 17/09,

2 BvL 1/14, 2 BvL 6/12, 2 BvL 5/12, 2 BvL 4/12, 2 BvL 3/12, 2 BvL 18/09). Wir werden ein derart verfassungswidriges Verhalten nicht hinnehmen und erneut den Klageweg beschreiten.

Von den Vertretern Ihrer Parteien hören wir immer wieder, die Justiz in Baden-Württemberg arbeite trotz der angespannten Personalsituation quantitativ und qualitativ auf hohem Niveau, sei bundesweit vorbildlich und stelle einen bedeutenden Standortvorteil für unser Land dar. Ohne ausreichendes, qualifiziertes und motiviertes Personal kann dieser Standortvorteil indes nicht gehalten werden, auch die innere Sicherheit geriete in Gefahr. Wer nicht mehr amtsangemessen bezahlt, kann auch keine Spitzenleistung mehr erwarten.

In diesem Zusammenhang erlauben wir uns, Sie an Ihre kürzlich gegebenen Wahlversprechen in den Antworten auf unsere Wahlprüfsteine zu erinnern:

> Wir wollen die personelle Besetzung der Justiz weiter verbessern ... Selbstverständlich streben wir eine 100-prozentige Deckung des Personalbedarfs an ... Mit uns hingegen wurde und wird niemand von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgehängt ... Die grün-rote Landesregierung hat bei der Beamtenversorgung keine Kürzungen vorgenommen und wir streben das auch in Zukunft nicht an (Antworten von Bündnis 90/Die Grünen).

> Wir wollen eine qualitativ hochwertige und motivierte Justiz ... Wir werden die abgesenkte Eingangsbesoldung für neu eingestellte Beamtinnen und Beamte sowie für Richterinnen und Richter rückgängig machen ... Tarifabschlüsse müssen inhaltlich und zeitlich übernommen werden (Antworten der CDU).

Die Haushaltssituation war auch schon damals bekannt.

Bitte halten Sie sich an Ihre Versprechen!“

Die Minister im grün-schwarzen Kabinett



Edith Sitzmann
(Bündnis 90/Die Grünen):

Die bisherige Grünen-Fraktionschefin ist die neue **Finanzministerin**. Die 53-Jährige wuchs im bayerischen Regensburg auf und lebt heute in Freiburg. Sie hat Geschichte und Kunstgeschichte studiert. Seit 1991 engagiert sich Edith Sitzmann bei den Grünen, seit 2002 gehört sie der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen an. Fraktionsvorsitzende wurde sie 2011.



Winfried Herrmann
(Bündnis 90/Die Grünen):

Verkehrsminister Herrmann steht für Ranglisten bei Straßenbauprojekten und den Vorrang von Sanierung statt Neubau von Infrastruktur. Grünen S21-Gegnern schmeckt es nicht, dass der 63-Jährige Verkehrsminister das Bahnprojekt nach dem Bürgerentscheid – wenn auch zähneknirschend – mitträgt.



Theresia Bauer
(Bündnis 90/Die Grünen):

Dass sie **Wissenschaftsministerin** im grün-schwarzen Kabinett bleibt, war unstrittig. Ins-

besondere die Hochschulrektoren sind der Politologin dankbar. Denn sie sagte ihnen eine Finanzspritze von 1,7 Milliarden Euro von 2015 bis 2020 zu. Die 51-jährige Heidelbergerin wird als Nachfolgerin von Ministerpräsident Winfried Kretschmann gehandelt.



Franz Untersteller
(Bündnis 90/Die Grünen):

Die Energiewende voranzubringen, Windräder im Südwesten zu etablieren – das ist der Auftrag für den 59-jährigen Saarländer, der seit 2011 **Umweltminister** ist und wieder dem Kabinett angehört. Seit 1983 ist er bei den Grünen, seit 2006 im Landtag.



Manfred Lucha
(Bündnis 90/Die Grünen):

Der neue **Sozialminister** eroberte im schwarzen Oberschwaben bei der Landtagswahl im März erstmals das Direktmandat für die Grünen. Im Jahr 2011 war der 55-jährige Chemiewerker, Krankenpfleger und Diplom-Sozialarbeiter mit einem Ausgleichsmandat in den Landtag eingezogen.



Thomas Strobl
(CDU):

Der CDU-Landeschef ist der neue **Innenminister** des Landes und **stellvertretender Regierungschef**. Der 56-jährige Jurist ist einer von fünf Stellvertretern von Parteichefin Angela Merkel, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzender der baden-württembergischen CDU-Landesgruppe im Bundestag. Der Heilbronner gehört seit 1998 dem Bundestag an. Sein Schwiegervater ist Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU).



Susanne Eisenmann
(CDU):

Die 51-jährige bisherige Stuttgarter Schulbürgermeisterin ist jetzt die Kultusministerin des Landes. Dass die Wahl auf sie fiel, befriedigt die Forderung der Frauen-Union nach weiblichen Ressortchefs. Von 1991 bis 2005 war Eisenmann Büroleiterin vom damaligen CDU-Landtagsfraktionschef und späteren Ministerpräsidenten Günther Oettinger.



Peter Hauk
(CDU):

Der einstige CDU-Fraktionschef, der dem liberalen Flügel seiner Partei zugerechnet wird, kehrt nach fünf Jahren erneut als **Landwirtschaftsminister** an die Spitze des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum zurück. Hauk stammt aus dem Odenwald. Seit 1992 gehört der 55-jährige Forstwirt dem Landtag an.



Nicole Hoffmeister-Kraut
(CDU):

Die 43-jährige **Wirtschaftsministerin** aus Balingen ist die größte Überraschung im grün-schwarzen Kabinett. Die Unternehmerin zog im März per Direktmandat in den Landtag ein. Die promovierte Betriebswirtin startete ihre Karriere 2002 als Analystin bei Ernst & Young in London und Frankfurt.



Guido Wolf
(CDU):

Der 54-Jährige ist jetzt **Justizminister**. Der Jurist und frühere Kommunalpolitiker Wolf war zuletzt Fraktionsvorsitzender der CDU-Landtagsfraktion. Von 2011 bis Anfang 2015 war der frühere Landrat von Tuttlingen Landtagspräsident. ■

Finanzexperten rechnen bis 2020 mit Plus von 20 Prozent

Steuern sprudeln kräftig weiter

Bund, Länder und Gemeinden haben allen Grund zur Freude: Die Steuereinnahmen sind erneut gestiegen. Nach dem Monatsbericht des Bundesfinanzministeriums waren die Steuereinnahmen im April um 6,6 Prozent höher als im Vorjahr. Insgesamt lagen sie bei 46,3 Milliarden Euro. Das sind fast drei Milliarden mehr als im Vergleichsmonat 2015.

Fast die Hälfte der Steuern kassierte der Bund, die Länder bekamen 20,6 Milliarden. Baden-Württemberg nahm rund 2,66 Milliarden Euro an Steuern ein. Das sind 2,32 Milliarden Euro mehr als im Jahr zuvor und entspricht einem Plus von 14,7 Prozent.

Die Steuereinnahmen in den ersten vier Monaten dieses Jahres liegen um zehn Prozent über denen im Vergleichszeitraum 2015. Allerdings gebe es auch Sondereffekte, die in den kommenden Monaten zu geringeren Einnahmen führen könnten, zitiert die Stuttgarter Zeitung am 21. Mai 2016 in ihrem Bericht „Geldsegen auch fürs Land“ eine Sprecherin des Finanzministeriums in Stuttgart.

Allerdings hat der Arbeitskreis Steuerschätzungen bei der jüngsten Steuerschätzung Anfang Mai die zu erwartenden Einnahmen nach oben korrigiert. Die Finanzexperten gehen davon aus, dass in Baden-Württemberg 2016 rund 820 Millionen und 2017 sogar rund eine Milliarde Euro mehr an das Land und die Kommunen fließen.

In den kommenden fünf Jahren prognostiziert der Arbeitskreis Steuerschätzungen, dass das Steueraufkommen in der Bundesrepublik um 20 Prozent steigen wird. Noch besser sieht es für die alten Bundesländer aus. Hier erwarten

die Steuerschätzer im gleichen Zeitraum sogar ein Plus von 21 Prozent.

Der Steuerschätzung zugrunde gelegt wurde eine prognostizierte Steigerung des nominalen Bruttoinlandsprodukts von rund drei Billionen Euro im Jahr 2015 auf rund 3,566 Billionen Euro im Jahr 2020.

Im Detail kamen die Steuerschätzer bei der 148. Sitzung des Gremiums, das vom 2. bis 4. Mai 2016 in Essen tagte, zu folgenden Ergebnissen und Prognosen: Das gesamte Steueraufkommen in der Bundesrepublik Deutschland wird nach heutigem Kenntnisstand von rund 673 Milliarden Euro im Jahr 2015 auf rund 808 Milliarden Euro im Jahr 2020 steigen.

Das entspricht einer Steigerung um insgesamt knapp 135 Milliarden Euro beziehungsweise um rund vier Prozent pro Jahr und rund 20 Prozent in den kommenden fünf Jahren.

Für die alten Bundesländer prognostizieren die Steuerschätzer eine Steigerung der Steuereinnahmen von rund 254 Milliarden Euro auf rund 320 Milliarden Euro im Jahr 2020 beziehungsweise um durchschnittlich rund 4,2 Prozent pro Jahr und rund 21 Prozent in den kommenden fünf Jahren.

Der Steuerschätzung zugrunde liegt eine prognostizierte Steigerung des nominalen Bruttoinlandsprodukts um insgesamt mehr als 500 Milliarden Euro beziehungsweise um durchschnittlich 3,3 Prozent jeweils gegenüber dem Vorjahr und rund 18,7 Prozent in den kommenden fünf Jahren. Laut der Prognose wird die volkswirtschaftliche Steuerquote leicht ansteigen, nämlich von 22,25 Prozent im Jahr 2015 auf 22,66 Prozent im Jahr 2020.

Die Daten der Steuerschätzung liefern eine belastbare Grundlage für eine solide Haushaltspolitik. Sie stehen zwar wie alle Prognosen unter Vorbehalt. Aber es gibt keine bessere, wie ein Blick in die Vergangenheit zeigt. „Wir sind auf einem soliden Weg“, erklärte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble mit Blick auf die „schwarze Null“ und dem Ziel eines Bundeshaushalts ohne Neuverschuldung.

Dem Arbeitskreis Steuerschätzungen gehören neben dem federführenden Bundesfinanzministerium Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums, Fachleute der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute, des Statistischen Bundesamts, der Deutschen Bundesbank, die fünf Wirtschaftsweisen sowie Vertreter der Länderfinanzministerien und der Bundesvereinigung kommunaler Spitzenverbände an. ■

Trotz sprudelnder Steuern kein Geld in der Kasse?

Klarheit und Wahrheit – keine Spur

„Geldsegen auch fürs Land“, titelte Maria Wetzel in der Stuttgarter Zeitung am 21. Mai 2016. „Bund, Länder und Gemeinde können sich freuen: Ihre Einnahmen sind erneut gestiegen.“

In der Tat hat Baden-Württemberg in 2016 mehr Steuern eingenommen als im Vergleichszeitraum 2015. In den ersten vier Monaten dieses Jahres stiegen die Steuereinnahmen um zehn Prozent, im April konnte das Land sogar ein Plus von 14,7 Prozent verzeichnen.

In Euro bedeutet dies eine Steigerung der Steuereinnahmen von 2,32 Milliarden im April 2015 auf 2,66 Milliarden im April 2016. Zum Vergleich: Die gesamten Steuereinnahmen in Deutschland waren im Vergleich zum Vorjahr im April 2016 „nur“ um rund 6,6 Prozent gestiegen.

Von solch prozentualen Steigerungen wie im „Ländle“ kann Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, können andere Länderfinanzminister nur träumen! Ist Baden-Württemberg nun auch – wie der Bund – auf einem soliden Weg zur „schwarzen Null“ und dem Ziel eines Landeshaushalts ohne Neuverschuldung?

Weit gefehlt! Die neue grün-schwarze Landesregierung stellte nach ihrem „Kassensturz“ im Rahmen der Koalitionsverhandlungen „über-rascht“ ein strukturelles Defizit in Höhe von rund 2,7 Milliarden Euro fest.

Das Fazit: Ein ausgeglichener Haushalt wäre trotz der über-durchschnittlich steigenden Steuereinnahmen und trotz der Jahre 2014, 2015 und 2016 ohne Neuverschuldung in Zukunft nicht mehr möglich. Die verfassungsrechtlich verankerte Schuldenbremse ab 2020 wäre im Land „nicht zu wuppen“. Vor allem bei Beamten

und Kommunen müsse gekürzt und gespart werden.

In den Koalitionsverhandlungen hat man bei diesen Haushaltsposten an ein strukturelles Einsparvolumen von rund 1,8 Milliarden Euro gedacht. Zielführende konkrete Maßnahmen wie abgesenkte Pensionen, auf ein Prozent gedockelte Gehaltserhöhungen, Stelleneinsparungen, Beibehaltung der abgesenkten Eingangsbesoldung um jeweils vier und acht Prozent sowie der drastischen und bundesweit einmaligen Einschnitte in der Beihilfe ... wurden diskutiert.

Kürzungen bei den Kommunen wurden geprüft: Wie viel Geld wird an die Kommunen weitergereicht?

Zum Vergleich: Wenn 2016 nur 50.000 Flüchtlinge ins Land kommen statt wie eingepplant 100.000, dann spart das Land hier rund eine Milliarde Euro.

Klarheit und Wahrheit? Transparenz? Keine Spur! In der Koalitionsvereinbarung finden sich keine konkreten Sparmaßnahmen. Sie sind wohl in den „Nebenabreden“ oder in „geheimen Zusatzprotokollen“ fixiert. Zu gegebener Zeit werden sie dann in geeigneter Weise in die Landespolitik einfließen. „Bei denen (den Beamten) wollen und müssen wir einige Sparmaßnahmen machen.“ Das kündigte Ministerpräsident Winfried Kretschmann schon 2012 in seinem Buch „Reiner Wein – Politische Wahrheiten in Zeiten knapper Ressourcen“ an. Nur: Wo sind bei diesen „Rekordsteuereinnahmen“ die „Zeiten knapper

Ressourcen“? Und: Wie gewinnt man zu den jetzigen Konditionen die nötige Anzahl qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um die anstehenden Leistungen für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft – nicht nur in der Flüchtlingshilfe – zu „wuppen“?

Und: Wie hält es die jetzige Landesregierung mit dem Vertrauensschutz nach dem Grundsatz „Verträge sind einzuhalten. Pacta sunt servanda!“ mit Blick auf die Pensionärinnen und Pensionäre, die Rentnerinnen und Rentner, die ihre Pflichten aus ihrem Amts-eid oder aus ihrem feierlichen Gelöb-nis, aus ihrem „Vertrag“ mit dem Land erfüllt haben und nun darauf hoffen, dass der fürsorgliche Arbeitgeber Baden-Württemberg auch seine Verpflichtungen ebenso getreu erfüllt?

Übrigens: Nach einer Studie des IFO-Instituts in München von 2012 über den Beitrag des öffentlichen Dienstes zum Bruttoinlandsprodukt arbeiten in Baden-Württemberg nur knapp zehn Prozent aller abhängig Beschäftigten im öffentlichen Dienst, kosten alle diese Beschäftigten nur rund sechs bis sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts, betreuen Verwaltungsbeamte im Land doppelt so viele Einwohner wie in Bayern ... In Deutschland arbeiten heute nur noch gut vier Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst. 1991 waren es noch 2,5 Millionen mehr, so die Hans-Böckler-Stiftung am 4. April 2016. Beamte haben eine höhere Wochenarbeitszeit als Tarifbeschäftigte ...

Waldemar Futter

Philologenverband Baden-Württemberg (PhV BW) zum Koalitionsvertrag

Weitreichende Zugeständnisse an grünen Koalitionspartner angeprangert

Die neue Landesregierung ist im Amt. Was sich Grün-Schwarz für diese Legislatur vorgenommen hat, umreißt der Koalitionsvertrag. Beim Philologenverband Baden-Württemberg (PhV BW) stößt die grün-schwarze Vereinbarung auf Kritik.

Grün und Schwarz darüber, wo dreistellige Millionenbeträge investiert werden sollen. Einig sind sie sich nun auch darin, wo gespart werden muss, nämlich bei den Beamten.



den soll, was der PhV BW begrüßt, so bleibe es doch beim Thema „Gymnasium“ im Koalitionsvertrag leider weitgehend bei leeren Worten, wie etwa „wir wollen das hohe Niveau baden-württembergischer Gymnasien bewahren und weiterentwickeln“.

Mit Befremden hat man beim PhV BW zur Kenntnis genommen, dass die Vehemenz der jahrelangen Kritik an der Bildungspolitik der Vorgängerregierung erstaunlich rasch bei der grün-schwarzen Konsenssuche verflogen ist. Das werfe die Frage auf, ob denn jede der „Oppositionsforderungen von einst“ letztlich ganz ernst gemeint waren.

Die Zulassung weiterer Gemeinschaftsschulen inklusive eigener Oberstufen sowie die Ablehnung einer Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 bedeuten nach Auffassung des Philologenverbands die Aufgabe wesentlicher Grundsatzpositionen und die Nichteinlösung von Wahlversprechen der CDU.

Das Festhalten an den nur 44 bestehenden G9-Modellgymnasien und die Verweigerung einer flächendeckenden, bedarfsgerechten Parallelführung von G8 und G9 zementiere die Ungerechtigkeit für die Schülerinnen und Schüler, weil der enorm nachgefragte Besuch eines G9-Zuges davon abhängt, wo man zufällig wohnt. Ein bemerkenswerter grün-schwarzer Konsens beim The-

ma Gerechtigkeit, meint man beim PhV BW.

Ein Blick zurück macht deutlich, während beim grün-roten Lieblingsprojekt Gemeinschaftsschule jahrelang und unter Missachtung der festgelegten Mindestschülerzahl Kleinsteinheiten finanziert wurden, ließ man bei den Gymnasien durch den sogenannten Klassenausgleich die Klassen systematisch volllaufen. Das darf so nicht weitergehen, fordert der PhV.

Ein weiteres Beispiel für den grün-roten Gerechtigkeitssinn der letzten fünf Jahre sei der Klassenteiler, der bei den Gemeinschaftsschulen 28, am Gymnasium und der Realschule 30 beträgt.

Der PhV dazu: „Wir werden sehen, ob für die CDU Gerechtigkeit bisher und Gleichbehandlung nach der Wahl noch genauso wichtig sind wie im Wahlkampf! Wenn Grün-Schwarz an Gerechtigkeit gelegen ist, muss der Klassenteiler an allen weiterführenden Schularten auf 28 abgesenkt werden.“

Hatten Grün-Rot und allen voran der Ministerpräsident und sein Finanzminister im Wahlkampf noch ihre häuslichen Fähigkeiten gerühmt, so tat sich nach der Wahl für den verdutzten Wähler quasi über Nacht ein Milliardenloch auf. Muss Ministerpräsident Kretschmann davon nicht gewusst haben? Einig waren sich

So soll die achtprozentige Gehaltsabsenkung für die Junglehrer nur schrittweise bis zum Jahre 2022 zurückgenommen werden: Soll das also heißen „jedes Jahr ein Prozent weniger“? Und Beamtengehälter insgesamt sollen jährlich um maximal ein Prozent angehoben werden und eine Kürzung der Altersversorgung ist auch schon im Gespräch.

„Für alle Beamten, vor allem aber für die jungen, sind diese grün-schwarzen Vorhaben ein Schlag ins Gesicht“, kommentiert Bernd Saur, Vorsitzender des Philologenverbands Baden-Württemberg, das Vorgehen der neuen grün-schwarzen Koalition und fügt hinzu: „Angesichts jahrzehntelanger, teils massiver Befehdung müssen sich die Wähler wundern, wie zülig und fast problemlos Kretschmann und Strobl einen Koalitionsvertrag zustande bringen konnten. Den Preis dafür sollen nun die Landesbeamten zahlen, denen man ja die nötigen finanziellen Opfer verordnen kann.“

Auf das Kultusministerium sollen „globale Minderausgaben“ von circa 77 Millionen Euro zukommen. Sollen die Kosten für die Vorbereitungsklassen für die Flüchtlingskinder etwa aus dem laufenden Etat finanziert werden? Sind hierfür keine zusätzlichen Ressourcen eingepflanzt? Fragen über Fragen. „Das geht ja gut los!“, stellt Bernd Saur verärgert fest.

Der Gymnasiallehrerverband macht von seiner großen Enttäuschung über die Nichteinlösung von CDU-Wahlversprechen keinen Hehl und prangert zu weitreichende Zugeständnisse an den grünen Koalitionspartner in der Bildungspolitik an.

Insbesondere protestiert der PhV BW

- > gegen die Ablehnung der Wahlfreiheit zwischen G8 und G9,
- > gegen die Zulassung neuer Gemeinschaftsschulen und die Einrichtung von bis zu zehn Oberstufen an Gemeinschaftsschulen und
- > gegen die nur in Stufen beabsichtigte Rücknahme der achtprozentigen Absenkung der Eingangsbesoldung für Berufseinsteiger bis 2022.

Bedauernd stellt der Philologenverband fest, auch wenn nun die Grundschulempfehlung der weiterführenden Schule wieder vorgelegt wer-

Anmerkungen zum Koalitionsvertrag

BLV sieht Licht, aber auch viel Schatten

Der Koalitionsvertrag löst unter den Lehrkräften der beruflichen Schulen keine Begeisterungstürme, sondern große Sorgen aus. Mit diesen Worten kommentierte der Vorsitzende des Berufsschullehrerverbandes (BLV), Herbert Huber, die grün-schwarze Vereinbarung.

Positiv bewertet der BLV die Absicht, die Absenkung der Eingangsbesoldung aufzuheben. Gleichzeitig aber kritisiert Verbandschef Huber, dass dies nur „im Rahmen der Haushaltsvorgaben“ und „schrittweise“ bis 2022 realisiert werden soll. Huber mahnte die Koalition eindringlich, diese Maßnahme nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschieben.

Die Absicht der grün-schwarzen Koalitionäre, an bis zu zehn Gemeinschaftsschulen eine gymnasiale Oberstufe zu-

zulassen, bezeichnet Huber als „klaren Bruch eines CDU-Wahlversprechens“ in einem ganz zentralen Feld der Landespolitik. Hinzu komme, dass die quantitative Begrenzung von Gemeinschaftsschulen mit gymnasialer Oberstufe auf zehn Standorte mit der Formulierung „die Koalitionspartner gehen davon aus ...“ wachsweiß formuliert sei.

Angesichts des flächendeckenden Netzes beruflicher Gymnasien mit über 220 Standorten und Berufskollegs mit über 260 Standorten hätten nach Ansicht des BLV die Kosten für die gymnasialen Oberstufen an Gemeinschaftsschulen ohne Weiteres vermieden werden können. Schließlich stünden den künftigen Absolventen der Gemeinschaftsschulen genügend Anschlussmöglichkeiten zur Verfügung, um das Abitur

oder die Fachhochschulreife zu erwerben.

Die Ankündigung zur Attraktivitätssteigerung der dualen Ausbildung und zum Erhalt eines breiten Angebots an Fachklassen der Berufsschule in der Fläche sowie die Absicht, die Empfehlungen der Enquete-Kommission weiter umzusetzen und zu verstetigen, begrüßt der Berufsschullehrerverband. Bezüglich der noch während der Koalitionsverhandlungen bekannt gewordenen Planungen für Sparmaßnahmen zulasten der Beamtinnen und Beamten („Giftliste“) warnt der Berufsschullehrerverband davor, ein weiteres Wahlversprechen zu brechen. Verbandschef Huber erinnert daran, dass die CDU eine inhalts- und zeitgleiche und Bündnis 90/Die Grünen zumindest eine inhaltsgleiche Übertragung der Tarifabschlüsse

auf die Beamten versprochen haben. Eine Deckelung der Besoldungserhöhung auf ein Prozent führe zur Demotivation und verschlechtere weiter die Attraktivität des Lehramts an beruflichen Schulen. Außerdem dürften nicht erneut die Pensionäre zur Kasse gebeten werden, um Prestigevorhaben der Koalitionäre zu finanzieren. Betrachtet man diese Sparpläne, dann hat Innenminister Strobel durchaus Recht, wenn er von „Folterwerkzeugen“ gegen die Beamten spricht.

Der Berufsschullehrerverband (BLV) bietet der neuen Regierungskoalition eine kritisch-konstruktive Begleitung an. Wenn allerdings die neue Koalition ihre „Folterwerkzeuge“ gegen die Beamtenschaft auspackt, dann werde man sich dagegen wehren, sagt BLV-Vorsitzender Herbert Huber. ■

Etat für außerunterrichtliche Veranstaltungen deutlich erhöhen

Klassenfahrten sind keine Vergnügungsreisen

Kurz vor den Sommerferien ist in den Schulen Hochzeit für Klassenfahrten und Jahresausflüge. Wenn eine Schule aktive Lehrer hat, dürfte jedoch bei den meisten der zur Verfügung stehende, traditionell zu niedrige Etat bereits ausgeschöpft sein. Ihren Kostenanteil des Klassenausflugs muss die begleitende Lehrkraft dann aus eigener Tasche bezahlen oder alternativ den Ausflug ganz absagen.

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) Baden-Württemberg fordert, den Etat, der Schulen für außerunterrichtliche Veranstaltungen zur Verfügung steht, deutlich zu erhö-

hen. Den Schulen steht, abhängig von der Klassenzahl und -stufe, jedes Jahr ein bestimmtes Budget für außerunterrichtliche Veranstaltungen wie Theaterfahrten, Jahresausflüge und Schullandheimaufenthalte zur Verfügung. Dieses Jahresbudget liegt beispielsweise für eine Schule mit 20 Klassen deutlich unter 1 000 Euro, also bei nicht einmal 50 Euro pro Klasse und Kalenderjahr. Dieses „Töpfchen“ soll ausreichen, die Kosten zu erstatten, die den Lehrern für die Durchführung der Veranstaltungen entstehen.

Rektoren dürfen solche außerunterrichtlichen Veranstaltungen

gen nur dann genehmigen, wenn die dafür zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel noch ausreichen, es sei denn, die Lehrkraft verzichtet freiwillig auf die Erstattung der Kosten.

VBE-Chef Gerhard Brand empört sich: Es dürfe nicht sein, dass ein Schullandheimaufenthalt oder eine Klassenfahrt deshalb nicht durchgeführt werden können, weil kein Geld mehr dafür im Topf drin ist. Das Kultusministerium spekuliert nach Auffassung des VBE darauf, dass Lehrkräfte, die ihre Schüler trotzdem in den Genuss pädagogisch wertvoller außerunterrichtlicher

Schulveranstaltungen kommen lassen wollen, die Kosten dann aus dem eigenen Geldbeutel bestreiten. „Das ist jedoch so, wie wenn ein Lokführer zunächst einmal selber eine Fahrkarte für den Zug lösen müsste, bevor er seine Fahrgäste von A nach B befördern darf“, stellt der VBE-Chef spöttelnd fest. Obendrein seien die Reisekosten schon sehr lange nicht mehr erhöht worden. Klassenfahrten seien keine Vergnügungsreisen für Lehrkräfte, sondern pädagogisch sinnvolle, wertvolle Veranstaltungen, die für die Lehrkräfte jedoch sehr viel Arbeit mit hoher Verantwortung bedeuteten. ■

VBE fordert Aufwertung der Grundschule

Gutes Fundament von großer Bedeutung

Der VBE setzt sich mit Vehemenz für die schon längst überfällige Aufwertung der Grundschule ein. Nicht nur beim Hausbau sei das Fundament von größerer Bedeutung als die darauf aufgebauten Stockwerke, sagt der Sprecher des Verbands Bildung und Erziehung (VBE). Er fordert eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Grundschulen, damit diese ihren Auftrag auch bestmöglich erfüllen können.

Kein Verständnis hat der VBE, wenn auch die neue grün-schwarze Landesregierung den Grundschulen weiterhin nicht die Bedeutung zukommen lässt, die sie eigentlich verdient. In die Grundschule gehörten die besten Pädagogen und eine Unterrichtsversorgung, die genügend Lehrerstunden für Unterstützungs- und Differenzierungsmaßnahmen ermöglicht. Dass die Grundschulen dafür keine Poolstunden erhalten, sei nicht mehr hinnehmbar.

„In der Sekundarstufe auffällige Schüler fallen nicht vom

Himmel, sondern kommen aus Grundschulen, wo sie – was Leistungen oder Verhalten betrifft – auch schon auffällig waren“, sagt der VBE-Sprecher. Wenn man bei diesen Schülern pädagogisch gegensteuern wolle, müsse man schon frühzeitig in der Grundschule unterstützend eingreifen, damit erst gar keine Schulverlierer entstehen.

Das sei aber gegenwärtig kaum möglich, da die Grundschulen bislang von der Politik zu wenig unterstützt werden. Bestes Beispiel dafür sei die Tatsache, dass die Grundschule nach wie vor als einzige Schul-

art keine Poolstunden bei der Pflichtstundenzuweisung erhalten. Das müsse sich ändern.

Bereits im Kindergarten und verstärkt in der Grundschule müssten Kompetenzen von Kindern aufgebaut und Strategien zum individuellen und gemeinsamen Lernen vermittelt werden. Ziel sei ein erfolgreiches „lebenslanges Lernen“, so der VBE-Sprecher.

Kinder wollten etwas leisten und freuten sich über jeden Lernfortschritt, den sie selber feststellen können oder der ihnen bestätigt wird. Gleichzeitig sei es notwendig, dass früh-

zeitig Unterstützungssysteme aufgebaut werden, die verhindern, dass Schüler durch die „Maschen fallen“ und sich als Verlierer fühlen müssen.

Lern- und Disziplinprobleme, die auch schon im Grundschulbereich deutlich zutage treten, müssten von den Lehrern konsequent angegangen werden.

Eltern sollen jedoch nach Auffassung des VBE die Schule in ihrem Erziehungs- und Bildungsauftrag unterstützen, denn Erziehung ist nach wie vor in erster Linie das Recht und die Pflicht der Eltern. Die dafür notwendige verstärkte Kommunikation zwischen Elternhaus und Schule sei eine Aufgabe, die mehr Lehrerstunden und eine entsprechende Aus- und Fortbildung der Pädagogen verlange, moniert der VBE-Sprecher.



Seminarangebote im Jahr 2016

In Zusammenarbeit mit der dbb akademie führt der BBW – Beamtenbund Tarifunion im Jahr 2016 folgende verbandsbezogene Bildungsveranstaltungen durch:

● EDV-Schulung „Tablet“

Seminar 2016 329 GB vom 19. bis 21. Juni 2016 in Königswinter.

In diesem Seminar erlernen die Teilnehmer den Umgang und die Möglichkeiten von Tablet-PCs.

(15 Teilnehmerplätze)

Teilnehmerbeitrag:
Für Mitglieder 132 Euro

● Personal- und Organisationsentwicklung im Lichte von veränderten gesellschaftlichen und globalen, politischen Erfordernissen – WIE REAGIEREN WIR?

Seminar 2016 B169 GB vom 10. bis 12. Juli 2016 in Königswinter.

Verwaltungsstrukturen im Wandel mit geplantem Besuch des Ministeriums für Verteidigung und dortige Info über Verwaltungsabläufe und Personalentwicklung.

Das Seminar beleuchtet Maßnahmen, Instrumente, Ziele und Anforderungen der Personalentwicklung in aktuellen Spannungsfeldern wie zum Beispiel lebenslanges Lernen, Heimarbeits-/Telearbeitsplätze, famili-

enfreundliche Arbeitswelt und so weiter. Erfahrungsaustausch der Teilnehmer sollen das Thema Personalentwicklung nicht nur beleuchten, sondern daraus sollen sich auch praktikable Vorschläge für die Praxis entwickeln. Leitung: Alfred Maucher

(15 Teilnehmerplätze)

Teilnehmerbeitrag:
Für Mitglieder 132 Euro

■
● **Gesundheitsmanagement:
Gesund und fit bei der
Büroarbeit**

Seminar 2016 B173 GB vom
15. bis 17. Juli 2016 in
Königswinter.

In diesem Seminar wird speziell
auf das „persönliche Gesund-
heitsmanagement“ bei der täg-
lichen Büroarbeit eingegangen.
Es geht dabei um Stress und um
wirksame Methoden, diesen zu
vermeiden beziehungsweise zu
bewältigen.

Weiterhin wird auf die schützen-
de und stressreduzierende Wir-
kung von Entspannung, Sport
und Bewegung eingegangen und
in der praktischen Anwendung
geübt. Weitere Übungen und
Tipps für den Hals-, Schulter- und
Rückenbereich runden dieses
Seminar ab.

(15 Teilnehmerplätze)

Teilnehmerbeitrag:
Für Mitglieder 132 Euro.

■
● **Meine Zeit gehört ...? –
Work-Life-Balance**

Seminar 2016 B307 GB vom
17. bis 19. Juli 2016 in
Königswinter.

„Wer sich mehr Zeit wünscht,
wünscht sich eigentlich mehr
Selbstbestimmung“ (Wilhelm
Schmid, Geschäftsführer des
Uhrenherstellers A. Lange &
Söhne).

Die Aktenberge türmen sich,
Aufgaben werden mehr, es
kann vorkommen, dass man
sich zu Besprechungen verspätet,
Erholung ist Mangelware,
die Mitarbeiter klagen über zu
wenig Verständnis, Abschalten
fällt schwer, die Arbeit gewinnt

... wie geht es eigentlich in mei-
nem Zuhause mit mir?

Aufbauend auf die persönlichen
Erfahrungen und Vorstellungen
der Teilnehmerinnen und Teil-
nehmer, gewinnen Sie Einblicke
in Ihre Stärken und Verbesse-
rungsmöglichkeiten der bisheri-
gen Strategien im Umgang mit
Ihrer Zeit. Es wird entrümpelt,
es werden klare Strategien im
Umgang mit unterschiedlichen
Herausforderungen entwickelt.
Und wer nichts tut, macht's
auch nicht besser.

Mit den im Seminar angebote-
nen Instrumenten lassen sich
Lösungen für angespannte Situ-
ationen finden. Das erzeugt
positive Wirkungen – am Ar-
beitsplatz und in der Work-Life-
Balance. Auf der Grundlage ei-
ner 4E-Methode erarbeiten sich
die Teilnehmerinnen und Teil-
nehmer ein klares Zeitmanage-
ment, das die Zufriedenheit
nachhaltig verbessern kann.

(15 Teilnehmerplätze)

Teilnehmerbeitrag:
Für Mitglieder 132 Euro

■
● **Auf den Tisch mit den
Gefühlen – Auseinander-
setzungen, auch im
Kollegenkreis, konstruktiv
lösen**

Seminar 2016 B175 GB vom
19. bis 21. Juli 2016 in
Königswinter

Konflikte entfalten einen Sog.
Meistens liegen nicht nur zwei
im Streit – das gesamte Umfeld
wird hineingezogen. Kollegen
und Vorgesetzte fühlen sich
genötigt, Partei zu ergreifen.
Unbeteiligte leiden unter der
schlechten Arbeitsatmosphäre.
Wenn es so weit kommt, muss
eine Klärung her.

Sollten etwa undurchsichtige
Entscheidungen zum Unmut
führen, müssen Absprachen ge-
ändert werden. Die Konflikte lö-
sen wichtige Impulse für Verän-
derungen aus. Obwohl es fast
überall Ärger und Stress unter
Kollegen gibt, so meiden doch
viele Menschen eine offene Aus-
einandersetzung im Job. Sie
fürchten einen Gesichtsverlust,
wollen nicht unprofessionell
wirken, schweigen lieber in sich
hinein. Das kann auch anders
sein.

Im Seminar sollen Hintergründe
und Sachbezüge bei Ausein-
dersetzungen auf den Tisch kom-
men. Es soll deutlich werden,
dass man sich auch an scheinbar
heißen Eisen nicht verbrennen
muss.

Den Mittelpunkt des Seminares
bildet die lösungsorientierte Ge-
sprächsführung. Die Teilneh-
merinnen und Teilnehmer erfah-
ren, was sie zu konstruktiven
Lösungen beitragen können. Sie
reflektieren ihr eigenes Konflikt-
verhalten und erlangen mehr
Klarheit und Sicherheit in der
Bewältigung von Konflikten.

(15 Teilnehmerplätze)

Teilnehmerbeitrag:
Für Mitglieder 132 Euro.

■
● **Tarifpolitik**

Seminar 2016 B240 GB vom
24. bis 26. Oktober 2016 in
Baiersbronn

Dieses Seminar richtet sich vor
allem an Kolleginnen und Kolle-
gen, die sich für Arbeitnehmer-
fragen (Tarifrecht) interessie-
ren.

(15 Teilnehmerplätze)

Teilnehmerbeitrag:
Für Mitglieder 180 Euro

Über unser Seminarangebot
hinaus bieten wir auch die
Möglichkeit, über „Voucher“
Seminare der dbb akademie
zu buchen. Mit diesen Gut-
scheinen besteht die Möglich-
keit, vergünstigt an Semina-
ren des offenen Programms
der dbb akademie teilzuneh-
men.

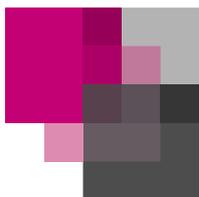
Interessenten informieren
sich auf der Homepage der
dbb akademie (www.dbbakademie.de) bei den Seminaren
im „offenen Programm“
(Kennbuchstabe „Q“ vor der
Seminarnummer) und fragen
dann beim BBW nach, ob für
diese Veranstaltung Voucher
zur Verfügung stehen. Unab-
hängig von dem im Seminar-
programm veröffentlichten
Teilnehmerbetrag verringert
sich dieser durch die Inan-
spruchnahme des Vouchers
auf 132 Euro.

Mit diesem neuen Angebot
wollen wir unseren Mitglie-
dern die Möglichkeit einräu-
men, zu vergünstigten Teil-
nehmergebühren, von dem
vielseitigen Seminarangebot
der dbb akademie Gebrauch
zu machen.

Für Seminare mit politischem Inhalt wird bei der Bundeszentrale für politische Bildung die Anerkennung als förderungswürdig im Sinne der Vorschriften über Sonderurlaub für Beamte und Richter im Bundesdienst beantragt, sodass auch Sonderurlaub nach den landesrechtlichen Vorschriften gewährt werden kann.

Alle Seminare sind auch für Nichtmitglieder offen. Der Teilnehmerbeitrag beträgt bei Nichtmitgliedern das Doppelte des ausgewiesenen Betrages.

Anmeldungen können nur über die Landesgeschäftsstellen der Mitgliedsverbände des BBW entgegengenommen werden. Diese halten Anmeldeformulare bereit. Eine unmittelbare Anmeldung bei der dbb akademie ist nicht möglich. Anmeldeformulare sowie unser Seminarprogramm finden Sie auch im Internet unter www.bbw.dbb.de. Sofern dies bei einzelnen Veranstaltungen nicht ausdrücklich anders angegeben ist, gehören Verpflegung und Unterbringung zum Leistungsumfang. Darüber hinaus verweisen wir auf die weiteren von der dbb akademie angebotenen Seminare, die Sie im Internet unter www.dbbakademie.de finden.



BBW Beamtenbund Tarifunion

Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst

Niemand kommt im
heutigen Berufsleben

ohne

Gewerkschaftsvertretung aus.
Allein auf sich gestellt
haben Sie

wenig Chancen,

Ihre Interessen durchzusetzen
und Ihre Rechte wahrzunehmen.

130.000

Mitglieder

solidarisch
kompetent
erfolgreich



auch ich möchte
Mitglied werden!

BBW – Beamtenbund Tarifunion
Postfach 10 06 13
70005 Stuttgart

Absender

Berufs-/Dienstbezeichnung

Ich bin beschäftigt bei

BBW – Beamtenbund Tarifunion
Am Hohengeren 12
70188 Stuttgart

Telefon 07 11/1 68 76-0
Telefax 07 11/1 68 76-76
E-Mail bbw@bbw.dbb.de
<http://www.bbw.dbb.de>